

Deutscher Nationalverband.

Die „Deutschen Nachrichten“ teilen über die gestrige Beratung des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes folgende Verlaufsbearbeitung mit:

In der gestern vormittag stattgefundenen Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes berichtete der Vorsitzende Abg. Doktor Groß über die Fühlungnahme mit der Regierung wegen der in der letzten Verbandssitzung gefassten Beschlüsse.

Hieraus wurde beschlossen, bei der Regierung mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Neuordnung der Dinge in Oesterreich und insbesondere die Regelung der böhmischen Frage ohne Verzug in Angriff genommen und durchgeführt werde.

Weiter gelangte die Erweiterung des Eisenbahnministeriums und der industriellen Verbände auf die in der letzten Vollversammlung gefassten Beschlüsse zur Erörterung, wobei festgestellt wurde, daß die in der letzten Vollversammlung des Verbandes beschlossene Forderung, mit überflüssigen Frachtbegünstigungen aufzuräumen, durchaus nicht der sachlichen Begründung entbehrt. Selbstverständlich betreffen diese Begünstigungen ausschließlich Gegenstände, die in der Zuständigkeit des Eisenbahnministeriums als minderwertig bezeichnet werden, aber gerade solche Frächten, wie Erze, Steine, Eisen, Kohle, Holz, geben Gelegenheit zu Ermäßigungen, an denen Millionen verdient werden. Es sei erinnert an die Frachtermäßigung für Braunkohle nach Prag, die nicht den Prager Konsumenten, sondern den Großkohlenhändlern zugute kommt, an Frachtsätze für Erze aus dem Bergbau der Alpenen Montan-Gesellschaft nach Ostschlesien oder für Granit aus dem Centrum von Böhmen nach Wien, die unter den Selbstkosten stehen. Ermäßigungen für bestimmte Mengen einer Ware und bestimmte Relationen mögen formell nicht eine Begünstigung einzelner Großunternehmer darstellen, tatsächlich sind sie es in der Regel, weil nur ganz bestimmte Unternehmungen davon Gebrauch machen können. Es ist demnach auch die Beeinflussung der industriellen Verbände, als ob der erwähnte Beschluß auf Unterminierung der Sachlage oder gar Voreingenommenheit beruhe, schon nach diesen Beispielen gänzlich unbegründet. Der Deutsche Nationalverband wird unbeeinträchtigt durch die verschiedenen Versuche, die öffentliche Meinung von unberechtigten und den Staat schädigenden Vorteilen einzelner Großunternehmungen abzulenken, das Interesse der Bevölkerung gegenüber Ausbeutungen jeder Art zu vertreten fortfahren. Daran können die Beschlüsse irgendwelcher Verbände um so weniger ändern, als es gewiß nicht in der Absicht der Gesamtheit aller Industriellen liegt, für Vorteile einzelner Großunternehmungen und Banken zum eigenen Nachteil einzutreten.

In der Frage der Zensur wurde beschlossen, beim Justizminister Vorstellungen zu erheben, um die wiederholt schon beanstandete ungleichartige Handhabung und die dadurch hervorgerufene ungerechtfertigte Verzögerung zu beseitigen.

Schließlich wurde der Versuch, sogenannte Zeitungsringe zu bilden, neuerlich erörtert und darauf hingewiesen, daß die in der letzten Zeit in verschiedenen Presseorganen auftauchenden beunruhigenden Nachrichten den gleichen Ursprung haben, wie die Bemühungen zur Vertuschung der Zeitungen. Es wurde beschlossen, bei der Regierung diesbezüglich mit allem Nachdruck Abhilfe zu verlangen.

Deutscher Vollzugsausschuß.

Gestern nachmittag fand im Stadtratsgebäude des Wiener Rathauses unter dem Vorsteher des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine dreitägige Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien statt. Der Einladung zu dieser Sitzung waren auch die Mitglieder des Herrenhauses Minister Dr. Baernreither, Hermann Braß und Fürst Fürstenberg von der Verfassungspartei, Graf Erwein Rostk und Dr. v. Wittel von der Mittelpartei gefolgt. Abt Helmer hatte sein Fernbleiben entschuldigt. Abgeordneter Dr. Groß berichtete über die Vorschläge, welche der vom Vollzugsausschuß eingesetzte Unterausschuß hinsichtlich der Neuordnung der im Herbst 1915 gemeinsam beschlossenen Nichtunion ausgearbeitet hat. Es fand eine ausführliche Beratung über die einzelnen Punkte statt. In sämtlichen Punkten wurde eine vollständige Ueber einstimmung der Meinungen erzielt. Es wurde beschlossen, die neuformulierten gemeinsamen Forderungen an den zuständigen Stellen zu überreichen.